

# Freiburg für alle - eine lebendige Stadt braucht Freiräume

## **Wem gehört die Stadt?**

Freiburg wächst kontinuierlich und wie in vielen anderen Städten werden dadurch die öffentlichen Freiflächen immer stärker ausgelastet. Nutzungskonflikte sind daher nichts ungewöhnliches und werden gerade an lauen Sommerabenden deutlich.

Der öffentliche Raum ist für alle da. Das heißt: Auch Anwohner\*innen müssen in einem gewissen Rahmen damit leben, dass die Nutzung mit Lärm und anderen Emissionen verbunden ist. Gleichzeitig sind auch ihre berechtigten Interessen zu achten. Insbesondere der Nachtruhe und dem Schutz vor übermäßiger Verschmutzung kommt in diesem Kontext große Bedeutung zu (so auch das VG Freiburg im "Augustinerplatz"-Urteil).

Befeuert werden die Nutzungskonflikte dadurch, dass die soziale Flächenentwicklung dem Wachstum unsere Stadt seit langem hinterherhinkt. Gerade Schüler\*innen, Studierende und Auszubildende sind häufig auf kommerzfreie öffentliche Räume angewiesen. Viele von ihnen wohnen beengt oder haben wenig Geld für regelmäßige Club- oder Barbesuche.

Uns ist bewusst, dass sich nicht alle konkreten Nutzungskonflikte antizipieren und vermeiden lassen. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass einige strukturelle Änderungen an vielen Stellen zu einer Verbesserung(weitreichenden?) Befriedung führen können.

## **Wir fordern daher:**

**Eine klare und transparente Regelung der Zuständigkeit für das Thema Freiflächen innerhalb der Verwaltung**, sodass ohne neue Stellenschaffung die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern erleichtert wird.

**Eine Bestandsaufnahme aller Freiflächen in Freiburg**, um einen guten Überblick über noch nicht genutzte Potentiale zu erhalten.

**Eine attraktive Um- und Ausgestaltung der Freiflächen**, unter Beteiligung der Endnutzer\*innen, d.h. unter anderem junger Menschen, Akteur\*innen aus der Kulturszene und dem Stadtjugendring.

**Ein sozialarbeiterisches Konfliktmanagement als ersten Schritt in Konfliktfällen**, orientiert an dem Allparteilichen Konfliktmanagement in München (AKIM). Dadurch soll der Vollzugsdienst bei der kommunikativen Arbeit entlastet werden.

**Den Vollzugsdienst als sekundäres Konfliktmanagement einzusetzen** für den Fall, dass sozialarbeiterisches und aufklärendes Konfliktmanagement nicht zum Erfolg führt.

**Das Thema Freiflächen und Nutzungskonflikte auch bei künftigen städtebauplanerischen Projekten mitdenken**, allen voran beim neuen Stadtteil Dietenbach.

XXX,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

XXX,

Kreisverband Bündnis90/Die Grünen Freiburg

XXX,

Grüne Jugend Freiburg